

## WEICHEN FÜR SOZIALÖKOLOGISCHE STRUKTURREFORMEN STELLEN!

- Ausweitung der öffentlichen Kassen für Gesundheit, Pflege und Bildung:** Wir lehnen entschieden die ab 2023 geplante Senkung des Unfallversicherungsbeitrags der Arbeitgeber von 1,3% auf 1,2% ab. Dadurch entgehen der Unfallversicherung und der Gesundheitskasse (die ÖGK muss die Hälfte an die AUYA refundieren) in Summe 140 Millionen. Mitten in einer der größten Gesundheitskrisen die Gesundheitstöpfe zu senken, um den Großkonzernen ein Körbergeld zu verschaffen, ist völlig absurd. Wir brauchen das Gegenteil: nämlich die Ausweitung der gemeinschaftlichen Kassen, finanziert durch Beiträge auf alle Komponenten der Wertschöpfung. Denn zu den härtesten Belastungen für sozial benachteiligte Haushalte zählen schlechte öffentliche Leistungen insbesondere im Gesundheits-, Pflege- und Bildungsbereich. Wichtige Maßnahmen, die daher sofort begonnen werden müssen, sind daher:
  - o Aufhebung der Deckelung der Gesundheitsausgaben (sh. unten)
  - o Einbeziehung der Pflege in die Sozialversicherung – Sachleistungs- statt Geldleistungsprinzip in der Pflege!
  - o Ausweitung eines qualitativ hochstehenden kostenlosen öffentlichen Bildungsangebots vom Elementarbereich bis zur Universität
- Ökosoziale Verkehrswende:** Investitionsoffensive im öffentlichen Verkehr, um ein flächendeckendes attraktives Angebot nicht nur in den Ballungsräumen, sondern auch in ländlichen Regionen anzubieten. Über eine Million Menschen in Österreich sind „mobilitätsarm“, weil sie sich ein Auto nicht leisten können und der öffentliche Verkehr nicht erschwinglich bzw. nicht ausreichend vorhanden ist. Wir fordern daher die schrittweise Einführung des Nulltarifs im öffentlichen Verkehr, finanziert über eine wertschöpfungsbezogene Mobilitätsabgabe. Abschaffung des Pendlerpauschales, wenn ein annehmbares öffentliches Verkehrsmittel für den Weg zur Arbeit existiert. **Stopp des Baus neuer Autobahnen und anderer fossiler Großprojekte!**



- Klimafreundliche Energiewende:** Ausstieg aus der EU-Strommarktliberalisierung (sh. Kasten Seite 3) und dem Energiecharta-Vertrag; Ausweitung/Rückgewinnung des öffentlichen Eigentums im Energiesektor. Das sind wichtige Voraussetzungen, um den Energiesektor von der Börse zu entkoppeln und sozial und ökologisch regulieren zu können. Orientierung in Richtung **Energieautarkie Österreichs** auf der Grundlage erneuerbarer Energie bzw. engagierter Energiesparmaßnahmen (z.B. ökologische Formen der Wärmedämmung, energie- und verkehrssparende Raumordnungspolitik).
- Ernährungs- und Agrarwende,** die die **Ernährungssouveränität Österreichs** auf der Grundlage biologischer Landwirtschaft fördert, um sich aus der Abhängigkeit von Agrarfabriken und Freihandelsabkommen zu befreien, die Natur und Lebensbedingungen vor allem in den Ländern des Südens aber auch bei uns zerstören. Wir müssen uns allerdings bewusst sein: Das verteuert zunächst unsere Lebensmittel, um den ökologisch und sozial Produzierenden faire Preise zu gewährleisten. Doch gute Löhne, existenzsichernde Sozialleistungen und für alle zugängliche qualitativ hochstehende öffentliche Infrastrukturen sichern ein gutes Leben für alle und nicht Dumpingpreise im Lebensmittelbereich auf Kosten von Mensch und Natur. Längerfristig gilt ohnedies: Wenn uns die ökologische Wende nicht gelingt, werden in Hinkunft die Zerstörung fruchtbarer Ackerböden sowie klimabedingte Umweltschäden zu massiven Kostentreibern werden, die die sozial Benachteiligten am härtesten treffen.
- Rückgewinnung einer souveränen, demokratisch gestaltbaren Wirtschaftspolitik.** Diese tiefgreifenden sozialökologischen Veränderungen sind mit der Unterordnung unter den neoliberalen EU-Binnenmarkt samt Währungsunion, Freihandelsverträgen und Austeritätsvorgaben unvereinbar.

## RAUS AUS WIRTSCHAFTSKRIEG UND AUFRÜSTUNGSAHNE!

Der Überfall Russlands auf die Ukraine ist ein völkerrechtswidriger Angriffskrieg. Die Russische Föderation hat damit schwere Schuld auf sich geladen. Sie ist damit in die verheerenden Fußstapfen von USA und EU gestiegen, die mit ihren Angriffskriegen z.B. gegen Jugoslawien, Afghanistan, Irak, Libyen das Völkerrecht schwer beschädigt haben. Diese Kriege haben Millionen von Menschen das Leben gekostet. Zu diesen Völkerrechtsverletzungen des Westens gehört auch die Unterstützung des gewalttätigen Putsches in der Ukraine im Jahr 2014, bei dem EU und USA rechtsextreme Milizen unterstützten, um einen prowestlichen Regime Change in Kiew zu erzwingen. Damit wurde das EU-Ukraine-Assoziationsabkommen durchgeboxt. Damit wurde die Ukraine für den neoliberalen Ausverkauf an westliche Konzerne geöffnet und die Neutralität des Landes zwischen Ost und West, die bis dahin den Frieden sicherte, zerstört. Das stürzte die Ukraine bereits ab 2014 in einen blutigen Bürgerkrieg.

Diese Vorgeschichte des derzeitigen Krieges muss erzählt werden, nicht um diesen zu rechtfertigen, sondern um daraus friedenspolitische Lehren zu ziehen: Wir brauchen einen Verhandlungsprozess unter Einschluss der Russischen Föderation und den USA, um ein **„gemeinsames Haus Europa“** (Gorbatschow) zu errichten. Das Fundament eines solchen Hauses muss der Respekt vor dem Völkerrecht von ALLEN Seiten sein.

Welcher Weg führt in diese Richtung? Russland muss sofort den Angriff stoppen und sich zurückziehen. USA und EU müssen sofort ihren gewaltsamen Drang nach Osten, der die Neutralität der Ukraine zertreten hat, beenden. Im März/April 2022 gab es einen ersten Hoffnungsschimmer. Die ukrainische und die russische Führung schienen sich bei den Gesprächen in der Türkei auf einen neutralen Status der Ukraine verständigen zu können. Was war die Folge? USA und EU begannen die Ukraine mit Waffen vollzupumpen und verschärften den Wirtschaftskrieg gegen Russland. Damit wurden diese Verhandlungen für einen Frieden und eine neutrale Ukraine torpediert. Die EU-Machthaber haben erkannt, dass dieser Krieg für sie die ultimative Gelegenheit ist, ein wahnwitziges Aufrüstungspaket durchzudrücken. 200 Milliarden zusätzlich sollen in den nächsten Jahren in die EU-Rüstung investiert werden. Dieser **„Quantensprung“** der Militarisation (O-Ton im **„EU-Strategischen Kompass“**)

ist schon lange vor dem Krieg in die Wege geleitet worden; der Krieg bietet dem Militär-industriellen-Komplex aber nun die Möglichkeit, diesen Aufrüstungswahn gegenüber den Bevölkerungen propagandistisch gut verkaufen zu können. Je länger der Krieg dauert, desto besser läuft diese Aufrüstungspropaganda.

Eine neutrale und souveräne Ukraine, ein Entspannungsprozess in Richtung eines „gemeinsamen Hauses Europa“ wären Gift für die Interessen des Militär-industriellen-Komplexes. Dieser will kein „gemeinsames Haus Europa“ gleichberechtigter Staaten, sondern das „Imperium EU“ (O-Ton EU-Kommissionspräsident Barroso), das den Kontinent hierarchisiert und spaltet. Vor allem die deutschen Machteliten sehen den Ukraine-Krieg nun als Chance zur Zentralisierung der Macht in Brüssel (und Berlin), indem das Einstimmigkeitsprinzip in der EU-Außen- und Sicherheitspolitik liquidiert wird. Jetzt müsse im Gleichschritt marschiert werden (*„keine Alleingänge mehr!“*), kommandiert der deutsche Kanzler Olaf Scholz. Diese deutschen Großmachtspläne sind auch ein Großangriff auf den neutralen Status von Österreich. Denn eine glaubwürdige Neutralität lebt von der Unabhängigkeit in der Außen- und Sicherheitspolitik.

Ein „gemeinsames Haus Europa“ braucht neutrale Staaten – als **Brückenbauer** einer friedlichen Zusammenarbeit auf Augenhöhe. Als neutrales Land wäre Österreich daher prädestiniert dafür, sich für Friedensverhandlungen einzusetzen, die eine souveräne und neutrale Ukraine ermöglichen und den Weg zu einem „gemeinsamen Haus Europa“ öffnen. Mit der Beteiligung am EU-Wirtschaftskrieg und den EU-Aufrüstungsprogrammen untergraben wir diese Chance, einen Ausweg aus Krieg und Konfrontation zu finden. **Wirtschaftskrieg und Militarisation treffen auf allen Seiten die Ärmsten am härtesten.** Auch in Österreich z.B. über massive Energiepreissteigerungen und eine Umverteilung in den öffentlichen Budgets von Sozial- zu Rüstungsausgaben. Dieser Wirtschaftskrieg ist nicht zuletzt ein völlig verantwortungsloser Angriff auf den Klimaschutz, wenn nun auf Erdöl, Frackinggas und Kohle umgerüstet werden soll. **DAHER: Raus aus Wirtschaftskrieg und Aufrüstungswahn – Ja zu Friedensverhandlungen, Klimaschutz und Neutralität!**



Mit dem im Frühjahr 2022 beschlossenen „Strategischen Kompass“ sollen die EU-Militärausgaben explodieren.



- Jetzt: Armut bekämpfen!
- Jetzt: Öffentliche Investitionen ausweiten!
- Jetzt: Sozialökologisch umsteuern!
- Jetzt: Hochrüstung stoppen!



2012 beschloss Österreich auf Druck der EU-Kommission (EU-Fiskalpakt!) die „Deckelung“ der Gesundheitsausgaben. Das führte zu massivem Abbau von Spitalsbetten, Schließung von Spitalabteilungen und Spitalern und Personalmangel an allen Ecken und Enden. Die Folgen: Ausweitung der Zwei-Klassen-Medizin. Diese Unterfinanzierung unserer Gesundheit muss sofort beendet werden!

„Vom Ausbau des Öffentlichen Verkehrs und der Einführung des Nulltarifs würden sozial benachteiligte Gruppen besonders profitieren.“







## WARUM NIMMT DIE INFLATION SO STARK ZU?

Wir hatten lange Zeit hohe Arbeitslosigkeit, stagnierende bzw. sinkende Reallöhne und eine sehr niedrige Inflation. Wir erleben derzeit einen deutlichen Anstieg der Inflation, die Ursachen dafür sind vielfältig:

- Die **Einführung des Euros** hatte kaum wirtschaftliche, sondern vor allem politische Gründe. Damit sollte ein weiterer Schritt zur Herausbildung der EU als globales Imperium durchgesetzt werden. Die Hoffnung über eine gemeinsame Währung würde es im Selbstlauf zu einer Konvergenz der Volkswirtschaften der Euroländer kommen, hat sich als Irrglaube erwiesen und bleibt auch weiterhin ein Irrglaube. Nach der Finanz- und Wirtschaftskrise 2008/09 wäre die Euro-Zone beinahe zerbrochen. Der Versuch, über eine desaströse Austeritätspolitik dieses Monstrum zu retten, hat die Lage nur noch verschärft. Auch die österreichische Bundesregierung unter dem Sozialdemokraten Werner Faymann hat diese desaströse Politik befördert. So wurden die Realeinkommen von öffentlich Bediensteten und Pensionist\*innen gezielt gesenkt. Diese Politik ist kolossal gescheitert. Also ging die EZB zu einer expansiven Geldpolitik über. Diese wurde jedoch nicht von einer expansiven Fiskalpolitik begleitet. Auch die privaten Investitionen blieben zurück. Es ergaben sich Jahre der Unterkonsumption und Unterinvestition und trotz der expansiven Geldpolitik der EZB wurde das Inflationsziel von 2% nicht erreicht.
- Die Ausschüttung großer Geldsummen in der **Zeit der Covid-Pandemie**, hat diese Fehlentwicklung nochmals verstärkt. Viele der Covidhilfen landeten auf Sparkonten. Reiche wurden reicher, während viele, die wirklich Hilfe brauchten und brauchen, in existenzielle Not gestürzt wurden. Gleichzeitig führte die Pandemie zu einem Angebotsschock: Die Wirtschaftsleistung schrumpfte dramatisch, Lieferketten wurden unterbrochen und konnten auch nach der Pandemie nicht auf Vorkrisenniveau zurückgeführt werden.
- Der notwendige **Umbau auf klimaneutrale Technologien** erfordert immense Investitionen. In der aktuellen Teuerung widerspiegelt sich auch bereits dieser zukünftige Investitionsbedarf und die damit verbundene Knappheit an Ressourcen auch der Arbeitskräfte.

- Es gibt global eine **Abflachung des Wachstums der demografischen Entwicklung** und damit eine Verknappung des Arbeitskräfteangebots. Die Zeiten der Inflationsbekämpfung durch immer neue Billiglohnimporte ist vorüber.

Ebenso unterschiedlich wie die Ursachen sind auch die Wirkungen der Inflation: Sie hilft den Schuldnern bei der Entschuldung (z.B. den öffentlichen Haushalten) und trifft die Gläubiger. Gleichzeitig frisst die Inflation bei manchen den Notgroschen weg. Besonders peinigt die Teuerung bei existenziellen Gütern Menschen mit niedrigem Einkommen, während hohe Einkommensbezieher diese leicht verkraften, da diese Güter relativ nur einen kleinen Anteil an ihren Ausgaben darstellen.

### Was können wir tun?

Angesichts einer steigenden Inflation brauchen wir daher sofort eine **engagierte Umverteilungspolitik zugunsten von Menschen mit geringem Einkommen**, um die wachsende Armut zu bekämpfen. Zugleich müssen die **Weichen für ökosoziale Strukturereformen** gelegt werden, die die relativen Preise zugunsten von Nachhaltigkeit und solidarischem Ausgleich verschieben. Auf den folgenden Seiten die Forderungen und Vorschläge der Solidarwerkstatt Österreich.

## RAUS AUS DER EU-STROMMARKT-LIBERALISIERUNG!



Das Merit-Order-Prinzip ist ein absurdes Resultat der EU-Strommarktliberalisierung. Die Kraftwerke mit den höchsten Grenzkosten – fossile Kraftwerke - bestimmen den Preis. Das treibt auch in Österreich den Strompreis in die Höhe, obwohl bei uns der Strom zu 80% aus erneuerbarer Energie kommt und der Ukrainekrieg keine Auswirkungen auf Wind-, Solar- und Wasserkraft hat. Beschlossen wurde die Totalliberalisierung des Strommarktes in der Regierungszeit von ÖVP und FPÖ, die in der Opposition in bekannt demagogischer Art vergessen machen will, dass sie uns diesen neoliberalen Unfug (mit-)eingebrockt hat.

Der gewerkschaftsnahe Ökonom Stephan Schulmeister zieht aus diesem Liberalisierungsdesaster das Resümee, dass **im Stromsektor „planwirtschaftliche Regulierung effizienter ist“**. Er fordert den Ausstieg aus der EU-Strommarktliberalisierung. Sein Vorschlag: „Die staatlichen Stromversorger werden verpflichtet, die inländischen Haushalte und Unternehmen vorrangig zu beliefern, und zwar zu ihren Durchschnittskosten – ähnlich wie in der Schweiz, ... Überschüssiger Strom wird (im Sommer) exportiert, fehlender Strom (im Winter) importiert, beides zu EU-Preisen. Insgesamt wären die Strompreise in Österreich dann deutlich höher als vor zwei Jahren, aber viel niedriger als die Börsenpreise. Damit wird folgendes "Ringelspiel" vermieden: ‚Unsere‘ staatlichen Stromversorger knöpfen den Inländern Milliarden ab, der Staat holt sich (vielleicht) einen Teil der ‚Übergewinne‘ und gibt sie an Haushalte und Unternehmen zurück. ‚Geht’s noch?‘ ist mit einem klaren Nein zu beantworten.“ (Standard, 17.8.2022).

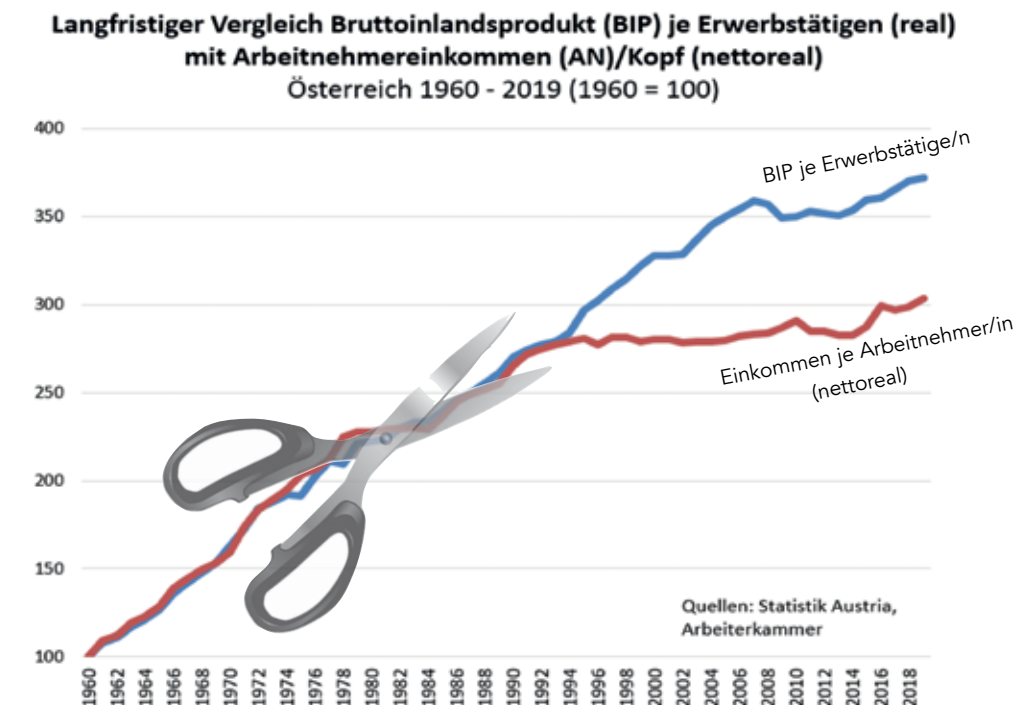
## ARMUTSBEKÄMPFUNG UND UMWERTILUNG JETZT!

- Kräftige Anhebung der Sozialleistungen:** Einmalzahlungen reichen nicht aus. Wir brauchen die Anhebung des Arbeitslosengeldes auf mindestens 70% des Letzteinkommens, entsprechende Anhebung der Notstandshilfe; existenzsichernde Anhebung von Mindestsicherung/Sozialhilfe, Ausgleichszulage bei den Pensionen, Studienbeihilfen, der Wohnbeihilfen etc. und die Indexierung dieser Sozialleistungen. Das sind enorm treffsichere Maßnahmen und wichtiger, als mit der Gießkanne Einmalzahlungen auf arm und reich gleichermaßen niedertröpfeln zu lassen.
- Löhne rauf! Sofortige Anhebung der Mindestlöhne auf mindestens 2.000 Euro brutto.** Für die Kollektivvertragsverhandlungen: kräftige Sockelbeiträge, um die unteren Einkommen deutlich anzuheben. Bereits seit dem EU-Beitritt wurden die Löhne und Gehälter von der Wirtschaftsentwicklung abgehängt (sh Grafik rechts unten).
- Kräftige Erhöhung der Pensionen:** Von 2004 bis 2019 wuchsen die Pensionen im Durchschnitt pro Jahr um 1,7%, die Verbraucherpreise pro Jahr stiegen dagegen um 1,9% (WIFO-Studie, 2020). Außerdem muss in die Pensionserhöhung nicht nur die Inflation, sondern auch die Produktivitätsentwicklung einberechnet werden.
- Erschwingliche Wohnungsmieten:** Schon seit langem laufen die Mieten den Löhnen davon. Daher: Abschaffung der Mehrwertsteuer auf Mieten, Einführung von wirksamen Mietpreisobergrenzen im geförderten Wohnbau und bei vollständig amortisierten Gebäuden, Einschränkung der Befristungsmöglichkeiten von Mieten. Vor allem brauchen wir wieder massive Investitionen in den sozialen Wohnbau, um erschwinglichen Wohnraum für alle statt Betongold für wenige zu schaffen.



- Sofortige Verbilligung des Öffentlichen Personen Nahverkehr!** Weitere Attraktivierung des österreichweiten Klimatickets. Sofortige Einführung des 365 Euro-Klimatickets in allen Bundesländern!
- Einführung von neuen Tempolimits:** 100 km/h auf Autobahnen, 80 km/h auf Bundesstraßen und 30 km/h im Ortsgebiet. Das ist nicht nur ökologisch sinnvoll und rettet Menschenleben, das erspart auch Treibstoffkosten bei gleichen Wegstrecken.
- Ausstieg aus den Wirtschaftskriegen der EU**, die in der Regel die ärmeren Bevölkerungsgruppen auf allen Seiten am härtesten treffen und in jeder Hinsicht mit doppelten Standards agieren. Haben wir jemals Sanktionen gegen die USA, Israel oder andere westliche Staaten wegen der deren Kriegspolitik und Menschenrechtsverbrechen ausgerufen? (sh. Seiten 9, 10).

- Keine Beteiligung an der Hochrüstungspolitik des „Strategischen Kompass“ der EU.** Hohe Rüstungsausgaben heizen die Inflation an. Denn volkswirtschaftlich gesehen vergeuden sie Unsummen für Güter, die – bestenfalls – unproduktiv auf Halde stehen, schlimmstenfalls zur Zerstörung wirtschaftlichen Reichtums führen. Daher: Engagement Österreichs für Verhandlungen im Ukrainekrieg statt Finanzierung von Waffenlieferungen. Nichts kommt den Menschen teurer zu stehen als Hochrüstung und Krieg (sh. Seiten 9, 10).
- Einkommenssteuerreform – sozial statt neoliberal:** Die viel gefeierte Abschaffung der „Kalten Progression“ ist ein trojanisches Pferd des Neoliberalismus. Sie bevorzugt eindeutig die oberen Einkommensgruppen: Laut Berechnungen des Momentum-Instituts gewinnen Haushalte im untersten Fünftel der Einkommen dadurch nur 72 Euro im Jahr, die Einkommen im höchsten Fünftel dagegen 552 Euro. Gleichzeitig werden dem Staat wichtige fiskalische Spielräume geraubt, was zumeist zu Lasten von Menschen mit geringerem Einkommen geht. Bekanntlich können sich den armen Staat nur die Reichen leisten. Wir fordern daher, stattdessen die Einkommenssteuerprogressionen im unteren und mittleren Bereich abzusenken und für hohe und höchste Einkommen deutlich anzuheben.
- Statt Senkung der Mehrwertsteuer auf Lebensmittel und Energie:** Senkung der MWSt auf Dienstleistungen und Reparaturen. Abschaffung der echten MWSt-Befreiung auf Exporte!
- Einführung von Vermögens- und Erbschaftssteuern** zur Finanzierung der Investitionen in den sozial-ökologischen Umbau.



## MACH MIT!

Die Solidarwerkstatt Österreich engagiert sich **für ein freies, solidarisches, neutrales und weltoffenes Österreich**. Wir wollen hier und heute hilfreich und nützlich für die solidarische Selbstermächtigung der Menschen sein. Aktuell engagieren wir uns vor allem

- gegen das Mitmarschieren bei der EU-Militarisierung und für die Rückgewinnung der österreichischen Neutralität
- für die Ausweitung der öffentlichen Budgets für Pflege, Gesundheit, Bildung, sozialen Wohnbau, Öffentlichen Verkehr, kommunale Dienstleistungen uvm.
- gegen den Bau neuer Autobahnen und für eine klimafreundliche Verkehrs- und Energiewende.

Die EU-Verträge verpflichten alle EU-Staaten zu einer „offenen Marktwirtschaft mit freiem Wettbewerb“ sowie zur permanenten militärischen Aufrüstung. Dieses imperiale Konkurrenzregime, das ein Nährboden für Rechtsextremismus und Rassismus ist, lehnen wir entschieden ab. Angesichts von drohender Klimakatastrophe, entfesselter Hochrüstung, und empörender sozialer Ungleichheit brauchen wir **mehr Kooperation und Solidarität und nicht Konkurrenz und Konfrontation**. Wir treten daher für einen **Solidarstaat Österreich** ein, der sich aus der Unterordnung unter diese neoliberalen und militaristischen EU-Verträge befreit und sowohl im Inneren als auch Äußeren Solidarität und Zusammenarbeit fördert. Gerade ein neutraler Kleinstaat wie Österreich könnte ein wichtiger Katalysator für das **friedliche Lösen von Konflikten** und für **internationale Kooperation auf Augenhöhe** sein. Engagieren wir uns daher für eine fortschrittliche Alternative zum fatalen Ping-Pong von neoliberalem EU-Establishment und rechtsextremer Pseudoopposition. **Mach mit!**

### > Nimm mit uns Kontakt auf:

Solidarwerkstatt Österreich, Waltherstraße 15, 4020 Linz, T 0732 771094, office@solidarwerkstatt.at, www.solidarwerkstatt.at, www.facebook.com/solidarwerkstatt (=Impressum)